



## Eine Demonstration für die Armee auf dem Bundesplatz

Othmar von Matt

Die Schweiz wird zum Sicherheitsrisiko in Europa. Deshalb mobilisieren die Milizverbände. Und der Bundesrat warnt deutlich vor Sanktionen.

Die Demonstration vom 22. Mai 1993 auf dem Bundesplatz gilt als historisch. Erstmals in der Geschichte der Schweiz gehen Armeebefürworter in grossem Stil auf die Strasse. Bis zu 35'000 ziehen durch Bern und auf den Bundesplatz für den Kauf von 34 Kampffjets F/A-18. Die Demonstration ist patriotisch, ordnungsliebend. Fahnen, Marschmusik und der Appell, die Schweiz dürfe ihre Verteidigungsfähigkeit nicht preisgeben, dominieren.

33 Jahre später ist es wieder so weit. Die Milizverbände mobilisieren für die zweite grosse Armeemanifestation auf dem Bundesplatz. Der Wunsch von Armeechef Benedikt Roos ist ihnen Befehl. Roos hat Anfang April in der «Schweiz am Wochenende» die Idee eines «Marches für die Sicherheit» ins Spiel gebracht. Der Verein Militärische Gesellschaften der Schweiz (VMG) nimmt diesen Steilpass dankend auf. «Wir diskutieren schon sehr lange, seit vier Jahren, über zusätzliche Finanzmittel für die Armee», sagt Präsident Stefan Holenstein. «Jetzt wollen wir den Druck erhöhen. Die Dringlichkeit steigt

dramatisch. Wir sind sehr besorgt, ja wütend und frustriert zugleich. Es muss jetzt endlich etwas geschehen.»

Die Milizverbände überlegten sich, gestützt auf die Idee des Armeechefs eine friedliche Manifestation oder Demonstration auf dem Bundesplatz durchzuführen, sagt Präsident Holenstein. Dafür mobilisieren sie auch bei den Schützen und Bauern. «Wir wollen die Bevölkerung endlich wachrütteln und ihr zeigen, dass wir für den

Ernstfall nicht bereit sind.» Er trifft sich Mitte Mai mit Armeechef Roos. «Wir wollen mit ihm auch darüber sprechen, mit welcher Art von Kundgebung wir den grössten Mehrwert für unsere gemeinsame Sache schaffen können», sagt er. Natürlich dürfe sich die Armeeführung politisch nicht direkt beteiligen. «Diesen Part übernehmen wir gerne und sind interessiert, wenn sie uns vielleicht im Hintergrund beratend zur Seite steht.» Etwa beim Vorhaben, die Offiziersgesellschaften an Bord zu holen.

Bei einem zweiten Vorhaben ziehen Milizverbände und Offiziersgesellschaften bereits am

selben Strick. «Wir prüfen nun ernsthaft, eine Verfassungsinitiative zu lancieren, mit der wir in die Verfassung schreiben, dass die Armeeaussgaben künftig mindestens 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts BIP betragen müssen», sagt Holenstein. «Die Situation für die Schweiz ist sehr ernst: Wir sind in Europa in Sachen Sicherheit die Letzten im Umzug und gelten als Trittbrettfahrer. Die Schweiz wird damit zum Sicherheitsproblem in Europa.»

Das thematisiert auch ein Artikel in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung»: In Deutschland Sorge man sich um die militärische «Verwundbarkeit der Schweiz». Zumal die Schweiz mit dem Umspannwerk in Laufenburg AG als Stromdrehscheibe Europas gilt.

### Der Bundesrat warnt vor Sanktionen aus Europa

Erstmals spricht auch der Gesamtbundesrat Klartext zur schwierigen Situation der Schweiz in Europa. «Die erodierende Sicherheit Europas erhöht die Erwartung sicherheitspolitischer Partner an Beiträge der Schweiz», schreibt er in sei-

nem Bericht vom Mittwoch über die jährliche Beurteilung der Bedrohungslage. «Zum einen soll die Schweiz einen höheren Beitrag an die europäische Sicherheit leisten.» Zum anderen müsse sie die Bemühungen westlicher Staaten zur Abwehr von Proliferation und Spionage mittragen.

Die Regierung warnt gar vor Sanktionen aus Europa. «Die Neutralität könnte stärker infrage gestellt werden, wenn die Bemühungen der Schweiz als nicht ausreichend angesehen werden», steht im Bericht. Und: «Andere Staaten könnten diverse Mittel ausschöpfen, etwa durch den Einsatz ihrer Nachrichtendienste, durch Sanktionen gegen Schweizer Unternehmen und Institutionen oder durch den Ausschluss Schweizer Akteure als Forschungs- und Entwicklungspartner.»

Nie waren in den letzten Jahren vom Gesamtbundesrat derart warnende Worte zu hören. «Für uns wird es international ungemütlich», sagt Stefan Holenstein, Präsident des VMG. «Aber vielleicht hat der wachsende internationale Druck heilsame Wirkung.»



Armeebefürworter demonstrieren am 21. Mai 1993 in Bern. Eine Wiederholung kündigt sich an.

Bild: Str/Keystone

Schweiz Armee «Wütend und frustriert»: Militäverbände planen eine Demo in Bern

## «Besorgt, wütend und frustriert»: Militäverbände planen eine Demo auf dem Bundesplatz

Die Schweiz wird zum Sicherheitsrisiko in Europa. Die Militäverbände mobilisieren deshalb für eine grosse Demonstration. Und der Bundesrat warnt vor Sanktionen.



10.05.2026, 20:14 10.05.2026, 20:14

othmar von matt / ch media



Armeebefürworter demonstrieren am 21. Mai 1993 in Bern. Eine Wiederholung kundigt sich an.  
Bild: Keystone

Die Demonstration vom 21. Mai 1993 auf dem Bundesplatz gilt als historisch. Erstmals in der Geschichte der Schweiz gehen Armeebefürworter in grossem Stil auf die Strasse. Bis zu 35'000 ziehen durch Bern und auf den Bundesplatz für den Kauf von 34 Kampfflugzeugen F/A-18. Die Demonstration ist patriotisch und ordnungsliebend. Fahnen, Marschmusik und der Appell, die Schweiz dürfe ihre Verteidigungsfähigkeit nicht preisgeben, dominieren.

33 Jahre später ist es wieder so weit. Die Militäverbände mobilisieren für die zweite grosse Armeemanifestation auf dem Bundesplatz. Der Wunsch von Armeechef Benedikt Roos ist ihnen Befehl. Roos hat Anfang April in der «Schweiz am Wochenende» die Idee eines «Marsches für die Sicherheit» ins Spiel gebracht. Der Verein Militärische Gesellschaften der Schweiz (VMG) nimmt diesen Steilpass dankend auf.



Korpskommandant Benedikt Roos, Chef der Armee.  
Bild: Keystone

«Wir diskutieren schon sehr lange, seit vier Jahren, über zusätzliche Finanzmittel für die Armee», sagt Präsident Stefan Holenstein. «Jetzt wollen wir den Druck erhöhen. Die Dringlichkeit steigt dramatisch. Wir sind sehr besorgt, ja wütend und frustriert zugleich. Es muss jetzt endlich etwas geschehen.»

Die Militäverbände überlegten sich, gestützt auf die Idee des Armeechefs, eine friedliche Manifestation oder Demonstration auf dem Bundesplatz durchzuführen, sagt Präsident Holenstein. Dafür mobilisieren sie auch bei den Schützen und Bauern. «Wir wollen die Bevölkerung endlich wachrütteln und ihr zeigen, dass wir für den Ernstfall nicht bereit sind.»



Stefan Holenstein, Präsident des Verbands Militärischer Gesellschaften Schweiz (VMG).  
*Bild: Keystone*

## Das Treffen mit Armeechef Roos

Er trifft sich Mitte Mai mit Armeechef Roos. «Wir wollen mit ihm auch darüber sprechen, mit welcher Art von Kundgebung wir den grössten Mehrwert für unsere gemeinsame Sache schaffen können», sagt er. Natürlich dürfe sich die Armeeführung politisch nicht direkt beteiligen. «Diesen Part übernehmen wir gerne und sind interessiert, wenn sie uns vielleicht im Hintergrund beratend zur Seite steht.» Etwa beim Vorhaben, die Offiziersgesellschaften an Bord zu holen.

Bei einem zweiten Vorhaben ziehen Milizverbände und Offiziersgesellschaften bereits am selben Strick. «Wir prüfen nun ernsthaft, eine Initiative zu lancieren, mit der wir in die Verfassung schreiben, dass die Armeeausgaben künftig mindestens 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts BIP betragen müssen», sagt Holenstein. «Die Situation für die Schweiz ist sehr ernst: Wir sind in Europa in Sachen Sicherheit die Letzten im Umzug und gelten als Trittbrettfahrer. Die Schweiz wird damit zum Sicherheitsproblem in Europa.»

Das thematisiert auch ein Artikel in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung»: In Deutschland Sorge man sich um die militärische «Verwundbarkeit der Schweiz». Zumal die Schweiz mit dem Umsatzwerk in Laufenburg (AG) als Stromdreh-scheibe Europas gilt.

## Der Bundesrat warnt vor Sanktionen aus Europa

Erstmals spricht auch der Gesamtbundesrat Klarheit zur schwierigen Situation der Schweiz in Europa. «Die erodierende Sicherheit Europas erhöht die Erwartung sicherheitspolitischer Partner an Beiträge der Schweiz», schreibt er in seinem Bericht vom Mittwoch über die jährliche Beurteilung der Bedrohungs-lage. «Zum einen soll die Schweiz einen höheren Beitrag an die europäische Sicherheit leisten.» Zum anderen müsse sie die Bemühungen westlicher Staaten zur Abwehr von Proliferation und Spionage mittragen.

Die Regierung warnt gar vor Sanktionen aus Europa. «Die Neutralität könnte stärker Infrage gestellt werden, wenn die Bemühungen der Schweiz als nicht ausreichend angesehen werden», steht im Bericht. Und: «Andere Staaten könnten diverse Mittel ausschöpfen, etwa durch den Einsatz ihrer Nachrichten-dienste, durch Sanktionen gegen Schweizer Unternehmen und Institutionen oder durch den Ausschluss Schweizer Akteure aus Forschungs- und Entwicklungspartnern.»

Nie waren in den letzten Jahren vom Gesamtbundesrat derart warnende Worte zu hören. «Für uns wird es international ungemütlich», sagt Stefan Holenstein, Präsident des VMG. «Aber vielleicht hat der wachsende internationale Druck heilsame Wirkung.» (aargauerzeitung.ch)

Themen

**SCHWEIZ** **ARMEE**

## Neue Armee-Pläne des Bundesrats

1 / 6

Neue Armee-Pläne des Bundesrats

Der Bundesrat verkündete seine neuen Armee-Pläne.